



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/XVI/52 - 3. März 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 218 31-33

Fernschreiber 0 836 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

"Gewisse Personalie"

79

Weg frei für jüngere Kräfte!

Von Günter Markscheffel

3

Freiwild?

27

Zur Hetze gegen Willy Brandt

3

"Offenes Störfeuer Bonn gegen Washington"?

25

Oberst Schmückle und die neue USA-Doktrin zur Verteidigung

4 - 5

Hessen - Provinz der pädagogischen Vernunft

86

Zielstrebtige Schulpolitik der Regierung Zinn

6 - 7

Konsolidierung der griechischen Opposition

65

Papandreu als politischer Mittelpunkt

Von Dr. Basil Mathiopoulos

* * * *

"Gewisse Personalialia"

Weg frei für jüngere Kräfte

Von Günter Markscheffel

* * "Ich habe in einer Zeit der Verwirrung und in einer Zeit,
* * in der es leicht war, unser Volk insgesamt mit den
* * Nazis zu identifizieren, auf meine Weise versucht,
* * diesem Irrglauben entgegenzuwirken und deutlich zu
* * machen, daß Hitler nicht Deutschland ist. Ich glaube
* * auch heute, wir sollten alle ein Interesse daran haben,
* * wieder deutlich werden zu lassen, daß Eichmann nicht
* * Deutschland ist."

(Willy Brandt am 1.3.1961 vor der Presse in Bonn)

* * *

Nicht nur der Vizpräsident des Deutschen Bundestages, Professor Carlo Schmid, und der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Fritz Erler haben während ihres letzten Aufenthaltes in den USA mit Bedauern feststellen müssen, daß man dort in zunehmendem Maße eine gewisse Abneigung gegenüber "den Deutschen" zeigt. Auch Abgeordnete anderer Parteien haben zu ihrem Leidwesen ähnliches erfahren müssen. Im übrigen decken sich diese Beobachtungen der Abgeordneten völlig mit den Eindrücken, die Ernst Crumey am 25. Februar 1961 in einem beachtlichen Leitartikel der "Welt" schildert. Und wenn das Bonner Auswärtige Amt Berichte bundesrepublikanischer Botschafter in den Hauptstädten des Westens veröffentlichen würde, dann wären wahrscheinlich nicht nur verantwortliche Politiker geneigt, die Gründe des Absinkens unserer Popularitätskurve im Ausland zu untersuchen.

Professor Carlo Schmid hat einige der Gründe für das schwindende Ansehen der Bundesrepublik in den Vereinigten Staaten genannt. Sie sind allzu bekannt, um hier wiederholt werden zu müssen. Aber am Rande und im Hintergrund der offiziellen bundesrepublikanischen Politik, ihres Gebarens und Auftretens, gibt es doch noch einiges, was gerade im befreundeten Ausland sehr scharf beobachtet wird.

Kürzlich trafen in einer westdeutschen Industriestadt amerikanische, englische und französische Industrielle und Finanziere mit deutschen Kollegen zusammen. Nach dem offiziellen Teil der Besprechungen fragte einer der Ausländer seinen deutschen Gesprächspartner, wer von den anwesenden deutschen Herren "bei Hitler nicht mitgemacht" habe. Der Deutsche, der zunächst glaubte, die Frage sei ein Scherz, sah sich unbefangen in der Runde um und stellte fest: Unter den 14 anwesenden deutschen Industriellen und Finanziers befanden sich vier, von denen er sagen konnte, sie hätten "bei Hitler nicht mitgemacht". Die vier waren

unter 40 Jahre alt, konnten also kaum eine entscheidende Rolle gespielt haben. Diese Auskunft bestürzte den Ausländer aufs tiefste. Unaufällig unterrichtete er seine Freunde von dem harmlos erscheinenden Umfrageergebnis und kurz danach brachen die Herren auf, nachdem sie sich verabschiedet hatten. - Wie es heißt, sollen die geschäftlichen Verhandlungen am nächsten Tage sehr kühl fortgesetzt werden sein.

Deutschen Journalisten, die häufig im Ausland beruflich tätig sind, kann ähnliches passieren. Fast immer bei internationalen Konferenzen, wo man nach getaner Tagesarbeit noch bei einem Umtrunk mit ausländischen Kollegen zusammensitzt, kommt früher oder später die gleiche Frage, die der ausländische Industrielle seinem deutschen Kollegen stellte. Die Antwort ist in diesem speziellen Fall meist günstiger, da in den letzten Jahren immer mehr jüngere Journalisten von den großen Agenturen und Zeitungen in der Auslandsarbeit eingesetzt werden.

Wir haben im Augenblick nur diese beiden Berufsgruppen erwähnt, weil sie am häufigsten - neben den offiziellen Regierungsvertretern und ihrem Anhang - eine Art Auslandsarbeit übernehmen müssen, von der sehr viel für das Ansehen Deutschlands abhängen kann. Man muß befürchten, daß in der Bundesrepublik bisher zu wenig darauf geachtet wurde, wen man in offizieller oder offiziöser Mission ins Ausland schickt. Gerade unter Berücksichtigung der Aussagen, die Männer wie Carlo Schmid und Fritz Erler jetzt über ihre Eindrücke in den USA gemacht haben, sollte überlegt werden, ob man in Zukunft nicht die Nachwuchskräfte, die dem demokratischen Deutschland verpflichtet sind, mehr in den Vordergrund stellen sollte.

Wir sind nicht der Meinung, daß jene ausländischen Industriellen richtig gehandelt haben, als sie die Erläuterungen ihres deutschen Kollegen zum Anlaß benutzten, gewissermaßen in einer "Kollektivschuld-Atmosphäre", aufzubrechen. So einfach ist das Problem nicht. Andererseits müssen wir daran denken, daß es dem Bürger eines Landes, der selbst noch nie eine Diktatur erlebte, schwer fällt, den richtigen Maßstab für seine Einstellung gegenüber Menschen zu finden, die nur einmal eine Diktatur überleben mußten.

Es ist damit zu rechnen, daß der Eichmann-Prozeß auch im befreundeten Ausland vieles aufwühlen dürfte; was von manchem Deutschen schon in die Rubrik "bewältigte Vergangenheit" eingereiht wird. Umso klarer und eindeutiger sollte von uns nach innen und außen - um mit Carlo Schmid zu sprechen - das Problem der Regelung "gewisser Personalia" angepackt werden. Wir haben genügend jüngere Kräfte in unserem neuen demokratischen Staat, die helfen könnten, das in dem Geschehen der Vergangenheit beruhende Mißtrauen uns gegenüber zu überwinden.

Freiwild ?

sp - Mannigfaltig sind die Versuche, Willy Brandt, den Kanzlerkandidaten der deutschen Sozialdemokratie, zum Freiwild abzustempeln. Trübe Erinnerungen aus der deutschen Geschichte dieses Jahrhunderts tauchen wieder auf. Schon einmal ist es politischen Gangstern und Freibeutern gelungen, eine große Persönlichkeit von integrem Charakter, von der Altbundespräsident Theodor Heuß gesagt hat, dieser Mann habe in einer Zeit, in der Könige versagten, königlich gehandelt, zur Strecke zu bringen. Wir meinen Friedrich Ebert, den ersten Präsidenten der Weimarer Republik. Aus Gram über die ihm zugefügten Beschimpfungen und Diffamierungen starb er eines frühzeitigen Todes. Damals sagte man Ebert und meinte die Sozialdemokratie. Anscheinend gehört es zum politischen Stil der deutschen Rechten, jede Persönlichkeit, die die Sozialdemokraten als ihren führenden Repräsentanten herausstellt, zu disqualifizieren und sie des Mangels an nationaler Haltung und Patriotismus zu beschuldigen. Die deutsche Sozialdemokratie hat aber aus den Erfahrungen gelernt, sie wird nicht zulassen, daß ihr Kandidat und seine Mannschaft in ihrer Ehre und Würde beschmutzt und in den Kot gezogen werden. Sie wird diese Art von Auseinandersetzung nicht von sich aus führen, ihr aber auch nicht ausweichen, wenn der politische Gegner sie bevorzugt. Wer Willy Brandt schlägt, stößt auf Granit und wird selbst die schmerzlichsten Wunden davon tragen. Hinter Brandt steht geschlossen die ganze Sozialdemokratie und nicht nur sie allein. Ungezählte in unserem Volk verabscheuen aus tiefstem Herzen die gegen ihn eingeleitete Kampagne. Sie gilt einem Mann, der auf exponiertester Posten im Behauptungskampf unseres Volkes steht, dessen Charakter und Willensstärke viele Freunde im Ausland bewundern, der Vertrauen genießt und als zuverlässiger Verbündeter der Weltdemokratie gilt. Der Anocklauf der deutschen Rechten und ihrer mächtigen Gönner - auch im Regierungslager - führt zur politischen Verwilderung.

+ + +

"Offenes Störf Feuer Bonn gegen Washington" ?

sp - Zwischen den offiziellen Bonn und der neuen amerikanischen Regierung scheint sich etwas anzubahnen, was nicht mehr mit dem verharmlosenden Ausdruck "vorübergehende Mißstimmung" bezeichnet werden kann. Kaum sind die Wogen des Unmuts über das Durcheinander ministerieller Erklärungen zur Frage des finanziellen Beitrags der Bundesrepublik für die Entwicklungshilfe etwas geglättet, da wird schon neuer Zündstoff in das deutsch-amerikanische Verhältnis hineingeworfen. Diesmal geht es um die amerikanischen Überlegungen zur Entwicklung neuer strategischer Doktrinen. (Der SED-Abgeordnete Helmut Schmidt hat gestern in diesem Pressedienst das Thema behandelt). - Oberst Schmückle, offizieller Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums, hat sich im Westdeutschen Rundfunk sehr heftig mit den neuen amerikanischen Vorstellungen auseinandergesetzt und diese mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen. Indirekt deutete Oberst Schmückle an, was jetzt in den USA im Gange sei, könne als ein beginnender Aufweichungsprozeß gegenüber der Sowjetunion gedeutet werden. Herr Schmückle hat das natürlich nicht so direkt gesagt - er nannte nicht einmal die USA mit Namen - aber doch klar genug, um den verantwortlichen Männern in Washington begreiflich zu machen, was man im Bonner Verteidigungsministerium von den Bemühungen Kennedys hält, der Herausforderung Moskaus wirkungsvoller zu begegnen als in der Vergangenheit. Da kaum anzunehmen ist, daß Oberst Schmückle nur seine eigenen, höchstpersönlichen Auffassungen zum besten gab, sondern im Auftrag seines ministeriellen Chefs sprach, braucht man sich nicht darüber zu wundern, daß maßgebende Kreise der US-Botschaft in der Bundesrepublik seit gestern von einem "offenen Störf Feuer Bonn gegen Washington" sprechen.

+ + +

Hessen - Provinz der pädagogischen Vernunft

L.Sch. - Wiesbaden

Die Einführung des neunten Schuljahres, "grünes Licht" für die Mittelpunktschule, die institutionelle Sicherung des zweiten Bildungsweges und die gemeinsame schulische Erziehung der Geschlechter sind die entscheidenden Inhalte der neuen Schulgesetze, die das hessische Kultusministerium am Mittwoch dem Landtag in Wiesbaden zur Ersten Lesung vorgelegt hat. Die Regierungsvorlagen für ein Schulverwaltungs- und ein Schulpflichtgesetz sowie ein Gesetz über Unterrichtsgeld- und Lernmittelfreiheit sind überzeugende Manifestationen der pädagogischen Vernunft und nach Form und Inhalt Zeugnisse modernen, fortschrittlichen Denkens.

Die Entwürfe aus dem Haus des hessischen Kultusministers Prof. Schütte sind vom Kabinett Zinn bereits verabschiedet und vom Landesparlament zur weiteren Beratung in den Kulturpolitischen Ausschuss überwiesen worden. Nach dem Verlauf ihrer Ersten Lesung sind dabei wesentlich Änderungen der Vorlage nicht mehr zu erwarten.

Das neue Schulverwaltungsgesetz für das sozialdemokratisch regierte Bundesland Hessen basiert auf dem in Artikel 56 der Landesverfassung erteilten gemeinsamen Erziehungsantrag: "Eine gemeinsame Erziehung der Geschlechter ist anzustreben. Für Übergangsmöglichkeiten unter den verschiedenen Schulformen ist zu sorgen."

Entgegen den Unkenrufen aus dem CDU-Lager, die gemischte Klassen ein "gefährliches Experiment" nennen und vor einer Vernachlässigung der "fräulichen Erziehung" warnen zu müssen glauben, vertreten Minister Prof. Schütte und seine Mitarbeiter bei der beispielhaften Gesetzesentwürfen die unumstößliche Auffassung, dass die Koedukation von Mädchen und Jungen ein Kardinalproblem der schulischen Arbeit und der menschlichen Gesellschaft positiv erfasst. "Wo", so zitierte der Minister eine bekannte amerikanische Pädagogin, "sollen Kinder und Jugendliche das richtige Begehren der Geschlechter zueinander überhaupt lernen, wenn nicht in der Schule?"

Der Geist der Fortschrittlichkeit und Verantwortlichkeit gegenüber kommenden Generationen wird ebenso deutlich in dem Paragraphen der Gesetzesvorlage sichtbar, in dem es heißt: "Für die Schüler wenig gegliederter ländlicher Volksschulen sollen günstig gelegene Mittelpunktschulen geschaffen werden. Diese Massnahme setzt voraus, dass ihr Besuch wegen der Kürze des Schulweges oder wegen der Verkehrsbedingungen zumutbar ist. Grundschulen sollen nur fortgeführt werden, wenn sie voraussichtlich dauernd mindestens 20 Schüler haben werden."

Hier begegnet uns ein überzeugender Beweis der pädagogischen Vernunft, welche die Väter dieses Entwurfs geleitet hat und einer in ihrer Konsequenz imponierenden Absage an muffigen Konservatismus und Rückschrittlichkeit gleichkommt, wie sie sich leider in einer Reihe von Bundesländern vor allem in der Konfessionalisierung des Schulwesens dokumentiert.

Wie zielstrebig die sozialdemokratischen Kultur- und Schulpolitiker in Hessen auf die notwendige Umformung unseres Schulwesens hinarbeiten, wird an der gesetzlichen Verankerung von Einrichtungen für den zweiten Bildungsweg, wie von Versuchs- und Modellschulen erkennbar, an denen neue pädagogische und organisatorische Ideen erprobt werden sollen.

Die allgemeine Einführung des in mehreren Versuchsklassen auf freiwilliger Basis in den letzten Jahren bereits praktizierten neunten Schuljahres sieht das neue Schulpflichtgesetz vor. Kultusminister Prof. Schütte ist sich über die personellen und räumlichen Probleme, die sich im hessischen Schulwesen daraus ergeben, völlig im klaren. Trotzdem äusserte er die zuversichtliche Erwartung, dass dieses erstrebenswerte Ziel im ganzen Bundesland Hessen bereits 1965 erreicht werden kann. An eine auch nur vorübergehende Rückkehr zum Schichtunterricht sei dabei auf keinen Fall gedacht, versicherte er. Im Hinblick auf die Befriedigung des zusätzlichen Lehrbedarfs berechtigt die erfreulich hohe Zahl von Anmeldungen an den Erziehungshochschulen des Landes zu einigem Optimismus.

Der dritte, vom Kultusminister vorgelegte Gesetzesentwurf wird den Weg zur endgültigen und völligen Schulgeld- und Lernmittelfreiheit ebnen. Die Befreiung von Unterrichts- und Studienkosten wird darin nur in zwei Fällen eingeschränkt beziehungsweise versagt: Sie entfällt, wenn der Abschluss eines Studiums unangemessen hinausgezögert wird und sie wird für ein 2. Studium nur dann gewährt, wenn es eine sinnvolle Ergänzung des ersten bedeutet.

Die hessische Landeshauptstadt Wiesbaden ist vom rheinland-pfälzischen Regierungssitz Mainz nur 15 Kilometer entfernt. Diese Strecke trennt allerdings kulturpolitisch zwei Welten. In dem CDU-regierten Rheinland-Pfalz ist an Unterrichtsgeldfreiheit nicht zu denken. Mit unüberschbarer Untersätzung des dortigen Kultusministeriums wird die Entstehung oft nur einklassiger Konfessionsschulen mit geringen Schülerzahlen als demokratische Auswirkung des Elternwillens propagiert und der damit unweigerlich verbundene Rückschritt in der Erziehung der Jugend rundweg geleugnet. Während in benachbarten Hessen der für die Zukunft unseres Volkes ungemein bedeutsame Schritt zum neunten Schuljahr getan wird, bringt es der rheinland-pfälzische CDU-Kultusminister unbeeindruckt fertig zu erklären, sein Ministerium denke gar nicht daran, mit einer ähnlichen Initiative an das Mainzer Landesparlament heranzutreten.

Diese Gegenüberstellung spricht für sich.

Konsolidierung der griechischen Opposition

Von Dr. Basil Mathiopoulos

Das Jahr 1961 schickt sich an ein Meilenstein in der griechischen Nachkriegsgeschichte zu werden. Nach den ominösen innenpolitischen Ereignissen der letzten Zeit scheinen nun endlich die Würfel bald zu fallen: Im Herbst, wenn nicht schon im Frühsommer - so wollen es politische Beobachter in Athen wissen - werden allgemeine Parlamentswahlen stattfinden. In Griechenland geht es diesmal um mehr als um einen normalen Mitsprachevorgang in einem demokratischen Staatswesen. Die Wählerinnen müssen die schicksalsschwere Frage beantworten, ob dem Land endlich der Durchbruch zu einem sozialen und demokratischen politischen Gefüge gelingt. Es gilt, den inneren Gärungsprozess in menschenwürdige und zukunftssträchtige Formen zu leiten.

Seit neun Jahren, also faktisch seit Beendigung der bürgerkriegsähnlichen Zustände, die bis nach 1949 andauerten, regiert in Griechenland die konservative Rechte, deren Struktur allerdings einen Vergleich mit der Konzeption gleichgearteter Parteien in anderen westlichen Ländern nicht zulässt. Die parlamentarischen Vorgänge entsprechen kaum den Idealen einer westlichen Demokratie und die ungelöste, himmelschreiende soziale Lage der breiten Masse stempelt die Gegenwart zu einem kläglichen Zerrbild der klassischen demokratischen Vergangenheit.

Rund 200 Familien absorbieren den Löwenanteil des Nationaleinkommens und verschanzen sich als eine hauchdünne Schicht hinter "standesgemässen" Privilegien, ohne das staatsbewusste und soziale Verantwortungsgefühl des modernen Grossunternehmers zu besitzen. (Ein sprechendes Beispiel: Grossreeder Niarchos, Besitzer der meisten griechischen Werften, Chef einer Erdölraffinerie, Mitinhaber der Aluminiumwerke und Eigentümer einer stattlichen Tankerflotte, zahlte für das Jahr 1960 an Einkommenssteuer 1 650,-- DM).

Nach den letzten Erhebungen muss dagegen in Nordgriechenland ein Fabrikarbeiter sich mit einem Stundenlohn von umgerechnet 30 Pfennig zufrieden geben. Die Gewerkschaften konnten bisher nicht

als wirksames Sprachrohr der Arbeiterschaft fungieren. Sie möchten sich nicht mit den radikalen Forderungen der Kommunisten identifizieren, können sich aber auch nicht von einer gewissen staatlichen Abhängigkeit lösen. Das Fazit aus dem Debakel: das Elend der Entrechteten dauert an. Wer vermag diesen innenpolitischen Sprengstoff zu entschärfen?

Eine Wende bahnte sich im Oktober an, als General Grivas in scharfer Opposition zu den Massnahmen der Regierung Karamalis seine Erneuerungsbewegung ins Leben rief. Einem weiteren wesentlichen Fortschritt bedeutet die kürzliche Gründung einer demokratischen Partei der Mitte unter dem derzeit profiliertesten griechischen Staatsmann, dem ehemaligen Ministerpräsidenten Georg Papandreu. Drei Parteien, darunter die gewichtige Bauernpartei, haben sich unter seiner Führung zusammengeschlossen und bilden nun die zweitstärkste Oppositionspartei neben der kommunistischen Tarnorganisation ZDA. Die Persönlichkeit Papandreus - er knüpfte übrigens 1950 wieder die deutsch-griechischen Freundschaftsbände - und die Qualität seiner Mannschaft (zwei Drittel der Abgeordneten seiner Partei rekrutiert sich aus ehemaligen Ministern) lassen einen dynamischen Parlamentarismus, praktische soziale Ziele, diplomatisches Geschick und eine klare politische Linie erwarten.

Diese Momente werden den kommenden Wahlausgang entscheidend beeinflussen. Das bisherige Dilemma einer in Grüppchen zersplitterten Opposition ist nun beseitigt. Die Repräsentanten und das Programm der beiden demokratischen Oppositionsparteien bieten der Wähler konkrete Vorstellungen einer künftigen Regierungspolitik, die eine wirkliche Ablösung des Regimes Karamalis zustande bringen könnte. Damit ist der Regierungspartei ein zugkräftiges wahltaktisches Argument entwunden, denn die bisherigen Splittergrüppchen schrien direkt nach dem Slogan "Entweder wir - oder die Kommunisten". - Es ist Zeit, dass der demokratische Westen eine weiche Stelle in seiner Gemeinschaft verliert und den absterbenden Ast wiederbelebt!

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel